

## Der Traum von der Reanimation der atlantischen Weltordnung

Zur Außenpolitik der Ampel

Wolfram Wallraf

Die Koalition sieht Deutschland in einer globalen Verantwortung, um wieder Ordnung und Regelmäßigkeit in eine von Unsicherheit und Systemkonkurrenz geprägte Welt zu bringen. Mit den USA als „zentrale(m) Pfeiler unseres internationalen Handelns“ und anderen „demokratischen Partnern“ soll die regelbasierte internationale Ordnung stabilisiert und autoritären Entwicklungen begegnet werden. Auch in puncto Weltwirtschaft sollen die multilateralen Anstrengungen im westlichen Kontext gebündelt werden (G 7). Kombiniert mit der transatlantischen Koordinierung der bilateralen Beziehungen zu China und Russland bedeutet dies: Der Westen setzt die internationalen Normen und Regeln unter Ausschluss der „systemischen Wettbewerber“, der Rest hat sie zu schlucken. Nicht nur die Indo-Pazifikstrategie und die Ambitionen mit der „östlichen und südlichen Nachbarschaft“ (Ukraine, Moldau, Georgien) riechen stark nach Containment mit Spuren von Rollback. Konzeptionell kehren wir damit zum Kalten Krieg zurück.

Die Spaltung der Welt in zwei inkompatible gesellschaftliche, politische, wirtschaftliche, technologische Systeme, vor der kürzlich noch UN-Generalsekretär Guterres warnte, nimmt Formen an. Ob der Glauben der 1990er-Generation, vom Weltgeist in Gestalt des liberal verfassten Kapitalismus getragen zu sein, einer realistischen Analyse der weltweiten Kräfteverhältnisse und ihrer Dynamik entspricht, ist sehr fraglich. Weiterhin werden ökonomische Dynamik und technologische Innovationskraft Chinas krass unterschätzt. Auch ist China weltpolitisch bei weitem nicht so isoliert, wie man das in Berlin gerne glaubt. Ein Blick auf die Weltkarte genügt. Wäre es nicht höchst sinnvoll, China ohne Vorbedingungen gleichberechtigt in die multilaterale Gestaltung der Weltordnung einzubinden? Und auf diesem Wege dazu beizutragen, dass die alte und die neue Weltmacht ihr künftiges Verhältnis auf friedliche Weise austarieren?

Kernthema wertegeliteter Außenpolitik sind die Menschenrechte. Das Problem mit Werten und Menschenrechten ist, dass sie nur glaubwürdig daherkommen, wenn sie ohne Ansehen der jeweiligen Akteure eingefordert werden. „Werte und Interessen“, von den sich die Koalition leiten lässt, können im konkreten Fall durchaus einen Zielkonflikt bedeuten, aber auch

pragmatisch interpretiert werden. Beispiel: Die Koalition wirbt für die Aufwertung des Menschenrechtsgerichtshofes (Werte), lässt aber die USA mit dem Ansinnen, dem Gerichtshof beizutreten, in Ruhe (Interessen).

Im Kalten Krieg war es üblich, nachdem die Abschreckung installiert war und man deutlich gesagt hatte, was man voneinander hielt, auch nach Kooperationsfeldern zu suchen. Das half, ein Maß an Interdependenz und Vertrauen herzustellen sowie Konflikte beherrschbar zu machen. Dies funktioniert jedoch nur, wenn man auf Junktims verzichtet. Es macht schon einen gewaltigen Unterschied, ob eine Bundesregierung offen die Verletzung von Menschenrechten anprangert oder ob sie jegliche substantielle Verständigung mit nichtdemokratischen Regierungen (auch in Sachen Klimawandel, Ökologie und Regionalkonflikten) unter das Junktim menschenrechtlicher Forderungen stellt.

Die Instrumentalisierung der „wertegeleiteten Politik“ prägt auch die Gestaltung bilateraler Beziehungen. Vertiefte Zusammenarbeit nur mit den Gutwilligen, deren innen- wie außenpolitisches Verhalten unseren Wünschen entspricht. Allen anderen Regierungen droht unsere Unterstützung der „Zivilgesellschaft“, vulgo der politischen Opposition, von Polen bis China. Das hat schon einen leicht Wilhelminischen Drall.

In der Sicherheitspolitik nichts Neues: Stärkung der NATO samt nuklearer Abschreckung, nuklearer Teilhabe und gesteigertem eigenen Rüstungsbeitrag. Unterstützung der US-Abrüstungspolitik. Kein Beitritt zum Kernwaffenverbotsvertrag. Keine konkreten Ideen für eigene Initiativen in puncto Abrüstung, Vertrauensbildung etc.

Mutig ist das Bekenntnis zu einer föderalen Perspektive der EU. Vielen wird diese Idee nicht gefallen, dem Kommentator schon. Ein neuer Anlauf kann gelingen, wenn sich das Verfassungskonstrukt auf das institutionelle Gefüge konzentriert: konsequente Trennung der Zuständigkeiten von Bund und Einzelstaaten, Beschneidung der bundesstaatlichen Eingriffsrechte, Durchsetzung strikter finanzieller Konnexität und funktionaler Subsidiarität. Mit einem dezentralen Ansatz, der die Gretchenfrage nach Konföderation oder Föderation evolutionär betrachtet, könnte eine Brücke zum „Europa der Vaterländer“ geschlagen werden.

Die aktuelle Agenda ist, die EU gefestigter, im globalen Kontext handlungsfähiger und strategisch souveräner zu machen. Nunmehr werden „deutsche Interessen im Lichte europäischer Interessen definiert“. In wichtigen strategischen Bereichen (Energieversorgung, Gesundheit, Rohstoffimporte, digitale Technologie) soll die EU weniger abhängig und

verwundbar werden, ohne sich abzuschotten. Europäische Unternehmen sollen besser gegen extraterritoriale Sanktionen geschützt werden (wie, bleibt unklar). Die Wirtschafts- und Währungsunion soll mit den bestehenden Instrumenten (Stabilitäts- und Wachstumspakt etc.) vertieft werden. Die Aussagen zum sozialen Europa bleiben eher unverbindlich. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik soll nun „echt“ werden, samt „echtem“ Außenminister (m/w/d). Dafür soll die Einstimmigkeitsregel im EU-Ministerrat bei diesbezüglichen Abstimmungen (wie auch in anderen Politikbereichen) aufgehoben werden. Haben die Koalitionäre einmal durchgespielt, wo und wie oft Deutschland in der Minderheit landen könnte (Kernenergie, Migration ...)?

Anstatt von „strategischer Autonomie“ wird im Koalitionsvertrag von „strategischer Souveränität“ gesprochen. Offenbar sollen transatlantische Befürchtungen ausgeräumt werden, die EU solle sich mit Deutschland in zentraler Rolle als eigenständiges Machtzentrum in der Weltpolitik positionieren. Schwer nach Hybris klingt die Ansage, die EU wolle durch europäische Standards Maßstäbe für globale Regelwerke setzen.

Die Koalition bekennt sich zur Vertiefung der Integration, notfalls auch über eine EU der zwei Geschwindigkeiten („mit einzelnen Mitgliedstaaten vorangehen“), unterstützt zugleich aber den Beitritt weiterer sechs Staaten der Westbalkanregion, was im Hinblick auf die dortige Situation durchaus konfliktrichtig ist. Höchst fraglich, ob diese Gleichzeitigkeit von Vertiefung und Erweiterung funktionieren kann. Insbesondere nach den Erfahrungen mit den mittelosteuropäischen Mitgliedern.

Fazit: In der Öffentlichkeit wird über die Personalie Baerbock auf dem Chefposten des Auswärtigen Amtes diskutiert, nicht selten mit kritischen Untertönen in Bezug auf Statur und Kompetenz. Wer den Koalitionsvertrag gelesen hat, wird sagen: Das passt wie die Faust aufs Auge. 🌐

**Dr. rer. pol. habil. Wolfram Wallraf**

geb. 1952, Politikwissenschaftler mit den Schwerpunkten Japan und Ostasien, internationale Sicherheit und regionale Integration. Lehrtätigkeiten an den Universitäten Potsdam, Berlin (HUB), Salzburg und Nagoya. Senior Fellow im WeltTrends Institut für Internationale Politik

[wallraf@wallraf-und-partner.de](mailto:wallraf@wallraf-und-partner.de)

